

1945 die klaren Bestimmungen des Abkommens von Potsdam konsequent durchführte. Die Enteignung der Kriegsverbrecher und der monopolkapitalistischen Unternehmungen und die Bodenreform machten den Weg zur Entwicklung aller demokratischen Kräfte des Volkes frei. Der entscheidende Teil der Produktionsmittel, die großen Werke und Betriebe gingen in die Hand des Volkes über. Die Arbeiterklasse, die zahlenmäßig stärkste und ökonomisch wichtigste Klasse, wurde, auf dem Boden der revolutionären Theorie der modernen Arbeiterbewegung, des Marxismus-Leninismus, politisch geeinigt, im Bündnis mit den werttätigen Bauern politisch und ökonomisch zur herrschenden Klasse.

Unter dem Einfluß der imperialistischen Besatzungsmächte konnte sich eine ähnliche, der historischen Notwendigkeit entsprechende Entwicklung in Westdeutschland nicht vollziehen. Die westlichen Besatzungsmächte waren nicht an der endgültigen politischen und ökonomischen Entmachtung der Kräfte des deutschen Imperialismus interessiert. Sie übernahmen lediglich und befristet die Treuhänderschaft mit dem Ziel, den deutschen Imperialisten Stück für Stück ihrer alten politischen und ökonomischen Machtstellung zurückzugeben, nicht, ohne sich dabei selber eng mit ihnen zu liieren. Durch die Verhinderung der Vereinigung der Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Theorie des Marxismus-Leninismus lähmten sie bewußt die stärkste gesellschaftliche Kraft, die in der Lage gewesen wäre, eine grundlegende Änderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in Westdeutschland herbeizuführen.

Das Produkt dieser Entwicklung ist der westdeutsche Separatstaat mit seiner scheindemokratischen Fassade. Die werktätigen Schichten, vor allem die Arbeiterklasse, besitzen nicht ein Zipfelchen der politischen Macht in diesem Staat. Die politische und ökonomische Herrschaft der imperialistischen Kräfte der deutschen Bourgeoisie ist dank der Hilfsstellung der westlichen Besatzungsmächte wieder restauriert. In ihrem Streben nach Macht und Maximalprofit verkauften die imperialistischen deutschen Monopolkapitalisten in den Verträgen von Bonn und Paris die Unabhängigkeit und Souveränität Westdeutschlands. Gegen den Willen des Volkes stellen sie das westdeutsche Territorium den militärischen Streitkräften der mit ihnen verbündeten ausländischen Imperialisten für 50 Jahre als Übungs- und Aufmarschgelände zur Verfügung.

Die Arbeiterklasse steht heute in Westdeutschland genau da, wo die ganze deutsche Arbeiterklasse bereits 1932 stand. Sie ist gezwungen, den Kampf gegen die brutalen Ausbeutermethoden in großen Streikbewegungen zu führen und sich der rasch vorwärtsschreitenden Faschisierung und Militarisierung entgegenzustemmen.

Das Verbot der Freien Deutschen Jugend, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei, ihr Ausschluß aus den Parlamenten mit Hilfe betrügerischer Wahlgesetze und einer raffinierten Wahlarithmetik (5-Prozent-Klausel, den Wählern verheimlichte Listenverbindungen und andere Tricks), die Unterdrückung und das Verbot des Volksbegehrens, die sich frech selbst über die formalen Bestimmungen des Grundgesetzes hinwegsetzenden Terrorurteile gegen Kommunisten und aufrechte Patrioten beweisen, daß die herrschenden Kräfte in Westdeutschland selbst die von ihnen so gepriesenen bürgerlich-demokratischen „Freiheiten“ nicht zu achten gewillt sind. Wahrlich, diesen Kräften steht es nicht gut zu Gesicht, darüber zu heulen,

daß die Deutsche Demokratische Republik so „undemokratisch“ ist, ihnen keinen Einfluß und keine Möglichkeiten der Restaurierung ihrer Gewalt zu gestatten.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat sich seit 1945 eine grundlegende Veränderung der Klassen- und Machtverhältnisse vollzogen. Die Klasse der monopolistischen und imperialistischen Bourgeoisie ist ebenso verschwunden wie die Klasse der Junker und Großgrundbesitzer, die das personelle Hauptreservoir der aggressiven imperialistischen Militärmaschine darstellte. Geblieben ist neben der zahlenmäßig stärksten Arbeiterklasse die Klasse der werktätigen Bauern und das Kleinbürgertum, darunter große Teile der bürgerlichen Intelligenz, Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, kleinere Unternehmer und kapitalistisch wirtschaftende Landwirte, deren Grundbesitz unter der 100-ha-Grenze liegt.

Der in der Deutschen Demokratischen Republik vorhandenen Klassenstruktur entspricht auch die Existenz der verschiedenen bürgerlichen und demokratischen Parteien. Entsprechend der Differenzierung der ökonomischen und z. T. auch weltanschaulichen Interessen der von den Parteien repräsentierten Klassen und Schichten der Bevölkerung ist auch der Charakter der politischen Parteien in der Deutschen Demokratischen Republik ein unterschiedlicher. Allen Parteien aber ist das Bekenntnis zur demokratischen Entwicklung in Deutschland gemeinsam.

Antidemokratische Kräfte haben entsprechend dem Inhalt unserer Verfassung keinen Freibrief und keine Möglichkeit, sich legal in irgendeiner Form zu organisieren und politisch wirksam zu werden. Die von den bürgerlichen und demokratischen Parteien aufgestellten Programme und politischen Ziele sind also keine auf Stimmenfang und Volksbetrug berechneten unehrlichen Manöver, sondern drücken die allgemeinen und die besonderen Interessen der Mitglieder und Anhänger dieser Parteien aus. Demzufolge stehen diese Parteien auch nicht im Konkurrenzkampf miteinander, bestrebt, durch gleißnerische Versprechungen einander die Anhänger abspenstig zu machen. Im Gegenteil, die Interessen der durch die bürgerlichen und demokratischen Parteien vertretenen kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung, die auf die Sicherung der friedlichen demokratischen Entwicklung in Deutschland und die ständige Steigerung des allgemeinen Wohlstandes gerichtet sind, decken sich mit den Grundinteressen der Arbeiterklasse und sind identisch mit den Aufgaben unserer Staatsmacht.

Selbstverständlich versuchten auch reaktionäre antidemokratische Elemente, in den bürgerlichen Parteien Unterschlupf zu finden, sich dort heuchlerisch als Demokraten zu tarnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Politische Macht und Einfluß ist aber in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr käuflich, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Kräfte, die politische Macht zu kaufen pflegen, in der Deutschen Demokratischen Republik keine ökonomische Basis mehr haben. Der Versuch, politische Macht zu kaufen, kann also bei uns nur noch von außen her erfolgen. Die Versuche dazu erfolgen auch, wie bekannt, durch die imperialistischen Agenten- und Spionagedienste. Der immer klägliche Ausgang solcher Versuche ist ebenso bekannt.

Vertreten die bürgerlich-demokratischen Parteien in der Deutschen Demokratischen Republik die allgemeinen und besonderen Interessen vor allem der kleinbürgerlichen Schichten, so hat sich die Arbeiterklasse, als die